

# ERKLÄRUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT ZUR VORGESCHLAGENEN EU-RICHTLINIE ÜBER DIE SORGFALTPFLICHTEN VON UNTERNEHMEN IM HINBLICK AUF NACHHALTIGKEIT

Wir, die unterzeichnenden Organisationen der Zivilgesellschaft und Gewerkschaften, begrüßen den Entwurf der Europäischen Kommission zur Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit (CSDDD). Wir glauben, dass dies ein wichtiger und lang erwarteter Schritt in Richtung unternehmerischer Rechenschaftspflicht, verantwortungsvollem Geschäftsgebaren und Zugang zu Recht ist.

Es ist jetzt jedoch dringend erforderlich, erhebliche Mängel im Entwurf zu beseitigen. Diese würden verhindern, dass die Richtlinie die positiven Auswirkungen erzielt, die für die Menschen, den Planeten und das Klima so dringend nötig sind und die von den EU-Bürger\*innen, den Arbeitnehmer\*innen und den von Unternehmen geschädigten Gemeinschaften weltweit lautstark und öffentlich eingefordert werden.

Daher fordern wir das Europäische Parlament und die EU-Mitgliedstaaten auf, den Vorschlag in einer geschlechtergerechten Weise dort zu verbessern, wo er Mängel aufweist, und gleichzeitig auf seinen wichtigen positiven Elementen aufzubauen. Dies ist notwendig, um zu gewährleisten, dass das Gesetz eine Schädigung der Menschenrechte, der Umwelt und des Klimas durch Unternehmen wirksam verhindert und dass die Opfer von missbräuchlichen Geschäftspraktiken Zugang zu wirksamen Rechtsmitteln haben. Aus unserer Sicht lassen sich die notwendigen Verbesserungen wie folgt erreichen:

Wir fordern das Europäische Parlament und den Rat dazu auf, eine wirksame und robuste **Pflicht** zur Verhinderung und Beendigung schädlicher Menschenrechts- und Umweltauswirkungen **in der gesamten Wertschöpfungskette** einzuführen, und zwar **auf risikobasierte und verhältnismäßige Weise**. Bedauerlicherweise beschränkt die vorgeschlagene Richtlinie die Sorgfaltspflicht auf "etablierte Geschäftsbeziehungen", was hinter internationalen Standards zurückbleibt und kontraproduktive Anreize für Unternehmen schafft, ihre Wertschöpfungsketten umzustrukturieren, um sich ihrer Sorgfaltspflicht zu entziehen.



Darüber hinaus **müssen die Definitionen von schädlichen Auswirkungen auf die Menschenrechte und die Umwelt so erweitert werden, dass sie alle Menschenrechts- und Umweltauswirkungen abdecken.** In jedem Fall müsste der entsprechende Anhang umfassender sein, um alle einschlägigen internationalen Instrumente einzubeziehen, und sollte mit Blick auf zukünftige Weiterentwicklungen regelmäßig aktualisiert werden.

Das Europäische Parlament und der Rat müssen zudem die **Bestimmungen über die zivilrechtliche Haftung und den Zugang zum Recht stärken.** Vor Gericht muss das Unternehmen die Beweislast dafür tragen zu zeigen, ob es angemessen gehandelt hat oder nicht. Diese Last darf nicht den Kläger\*innen auferlegt werden, da diese kaum Zugang zu Beweisen haben und nur über begrenzte Mittel verfügen. Ein Unternehmen muss auch dann haftbar bleiben, wenn es versucht hat, die Einhaltung der Vorschriften durch Branchenregelungen und externe Audits zu überprüfen. Andere bekannte Hürden beim Rechtszugang, die für länderübergreifende Fälle typisch sind, müssen ebenfalls beseitigt werden, darunter der fehlende Zugang von Kläger\*innen zu zentralen Informationen, unangemessene Fristen und Hindernisse bezüglich kollektiver Rechtsmittel. Unabhängige gemeinnützige Organisationen, die ein berechtigtes Interesse an der Vertretung von Geschädigten haben, müssen zudem das Recht erhalten, in deren Namen handeln zu dürfen.

**Ein weiteres brennendes Problem ist das völlige Fehlen einer klimabezogenen Sorgfaltspflicht.** Das Europäische Parlament und der Rat müssen dem Klimanotstand mit einer sofortigen Pflicht für Unternehmen begegnen, sich damit zu befassen, wie ihre Wertschöpfungsketten zum Klimawandel beitragen. Unternehmen müssen konkreten Verpflichtungen unterliegen, einen wirksamen Klima-Übergangsplan im Einklang mit dem Pariser Abkommen zu entwickeln und umzusetzen, einschließlich kurz-, mittel- und langfristiger absoluter Emissionsreduktionsziele. Diese Verpflichtungen müssen durch Maßnahmen der Behörden sowie durch zivilrechtliche Haftung durchsetzbar sein.

Während internationale Standards für alle Unternehmen gelten, schließt der Kommissionsvorschlag rund 99 % der EU-Unternehmen direkt aus. Das Europäische Parlament und die EU-Mitgliedstaaten müssen die **kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in den Anwendungsbereich der vorgeschlagenen Richtlinie einbeziehen.** Wir halten es zudem für nicht zu rechtfertigen, dass für den Finanzsektor reduzierte Sorgfaltspflichten gelten sollen und dass die Pflicht zur Risiko-Identifikation von Unternehmen in Hochrisikosektoren auf die schwersten Schäden beschränkt sein soll. **Im Einklang mit dem risikobasierten Ansatz fordern wir, dass alle Unternehmen vollständig von diesem Gesetz erfasst werden.**

Darüber hinaus sollte die vorgeschlagene Richtlinie der



Perspektive der Betroffenen die Rolle und das Gewicht einräumen, das ihr zusteht, und eine sinnvolle Konsultation der Stakeholder vorschreiben, die in alle Phasen der Sorgfaltsprüfung einfließt. Die Sorgfaltspflicht muss dahingehend gestärkt werden, dass sie eine **sinnvolle und fortlaufende Beteiligung** vorsieht, **einschließlich einer obligatorischen und proaktiven Konsultation von Arbeitnehmer\*innen, Gewerkschaften, Mitgliedern der lokalen Gemeinschaften und anderen relevanten oder betroffenen Interessengruppen**. Bei dieser Einbeziehung müssen die Hindernisse berücksichtigt werden, mit denen bestimmte gefährdete Gruppen konfrontiert sind. Vor diesem Hintergrund ist das Fehlen einer Gender- und Intersektionalitätsperspektive im gesamten Vorschlag ein weiteres wichtiges Anliegen, das wir teilen.

In diesem Zusammenhang ist das **Fehlen spezifischer Hinweise auf Menschenrechtsverteidiger\*innen und Umweltschützer\*innen äußerst bedenklich**. Der Vorschlag bietet nicht allen Menschenrechtsverteidiger\*innen und Umweltschützer\*innen in der ganzen Welt Schutz, sondern schlägt lediglich vor, in der EU ansässige Arbeitnehmer\*innen vor der Gefahr von Vergeltungsmaßnahmen zu schützen. Der Schutz von Menschen und Gemeinschaften vor Vergeltungsmaßnahmen und nachteiligen Folgen sollte verstärkt werden. Die Rechte indigener Völker auf Selbstbestimmung und auf freie, vorherige und informierte Zustimmung müssen ebenfalls ausdrücklich in die Richtlinie aufgenommen und anerkannt werden.

In allen Fällen, in denen es notwendig ist, eine Geschäftsbeziehung oder Geschäftstätigkeiten zu beenden, muss die Richtlinie einen **verantwortungsvollen Rückzug vorschreiben**, indem sie klarstellt, dass die Unternehmen weiterhin für nicht behobene Auswirkungen verantwortlich sind und neue und zusätzliche Auswirkungen, die sich aus dem Rückzug ergeben, angehen müssen.

Wesentliche Anforderungen an die Transparenz der Wertschöpfungskette und an die Offenlegung fehlen ebenfalls in dem Vorschlag. Wir sind der Meinung, dass die Richtlinie von den Unternehmen verlangen muss, ihre **Wertschöpfungskette und Geschäftsbeziehungen darzustellen und die entsprechenden Informationen zu veröffentlichen**.

Besorgniserregend ist, dass die vorgeschlagene Richtlinie Verhaltenskodizes, Vertragsklauseln, Audits durch Dritte und Industrieinitiativen ein erhebliches Gewicht beimisst, die sich als unzureichende Mittel erwiesen haben, um Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden zu erkennen und zu bekämpfen. **Solche Mittel können nicht als Beweis dafür angesehen werden, dass die Unternehmen eine wirksame und sinnvolle Sorgfaltsprüfung durchführen**. Es ist auch klar, dass die eigenen Einkaufspraktiken der Unternehmen schwerwiegende negative Risiken und Auswirkungen auf die Menschenrechte und die Umwelt mit sich bringen, **daher müssen die Unternehmen ausdrücklich verpflichtet werden,**



## die Risiken und negativen Auswirkungen ihrer eigenen Einkaufspraktiken anzugehen.

Schließlich sollte der Vorschlag die **Sorgfaltspflicht der Unternehmensleitung und die Verantwortung für die Beaufsichtigung des Due-Diligence-Prozesses, einschließlich der Übergangspläne und Nachhaltigkeitsziele, klarer formulieren**. Die Vorstände der Unternehmen sollten eindeutig verpflichtet werden, Nachhaltigkeitsrisiken und -auswirkungen in die Unternehmensstrategie zu integrieren, während die variable Vergütung der Vorstände gestärkt und direkt an die Nachhaltigkeitsleistung der Unternehmen, insbesondere in Bezug auf das Klima, gekoppelt werden muss.

Wir schlagen die oben genannten Änderungen vor, um sicherzustellen, dass die Europäische Union keine bloße "Tick-Box-Übung" rechtlich vorschreibt und ein kaputtes System konsolidiert, das eine fortlaufende systematische Schädigung von Menschen, des Planeten und des Klimas durch Unternehmen zulässt. Es ist nun entscheidend, dass das Europäische Parlament und der Rat die Richtlinie im Einklang mit diesen Empfehlungen verbessern.

Das Europäische Parlament und der Rat müssen diese Änderungen dringend umsetzen. Wir können es uns nicht leisten, bis zum Ende des Jahrzehnts zu warten, bis diese Bestimmungen Realität werden, da Menschenrechts-, Umwelt- und Klimaschäden auf der ganzen Welt weitergehen.

## Liste der unterzeichnenden Organisationen

### Internationale Organisationen

ActionAid  
 Action on Smoking and Health  
 Amnesty International  
 Anti-Slavery International  
 Asia Floor Wage Alliance (AFWA)  
 Business & Human Rights Resource Centre (BHRRC)  
 CARE International  
 CIDSE  
 Clean Clothes Campaign  
 ClientEarth  
 Economy for the Common Good  
 Projet Accompagnement Québec-Guatemala (PAQG)  
 Fair Finance International  
 Fairtrade International  
 Fair Trade Advocacy Office  
 Front Line Defenders  
 Global Witness  
 Human Rights Watch  
 International Corporate Accountability Roundtable (ICAR)  
 International Dalit Solidarity Network  
 International Federation for Human Rights (FIDH)  
 INSP!R (International Network on Social Protection Rights)



International Service for Human Rights  
OMCT – World Organisation Against Torture  
Open Society Foundations  
Our Food. Our Future  
Oxfam  
Peace Brigades International (PBI)  
PICUM – Platform for International Cooperation on  
Undocumented Migrants  
Protection International  
Publish What You Pay  
Rainforest Alliance  
Solidaridad  
SOMO (Centre for Research on Multinational Enterprises)  
Transport & Environment  
United Evangelical Mission  
We Effect  
WeWorld  
Women's International League for Peace and Freedom  
WWF

### **Regionale Organisationsen**

Advocates for Community Alternatives  
African Resources Watch (AFREWATCH)  
Avocats Sans Frontières (ASF)  
Climate Action Network (CAN) Europe  
Coordinadora Latinoamericana y del Caribe de Pequeños/  
as Productores/as y Trabajadores/as de Comercio Justo  
(CLAC)  
Environmental Justice Foundation (EJF)  
EU-LAT Network  
European Center for Constitutional Human Rights (ECCHR)  
European Coalition for Corporate Justice (ECCJ)  
European Environmental Bureau  
European Federation of Public services Unions (EPSU)  
European Trade Union Confederation  
Friends of the Earth Europe  
International Network for Human Economy Asia  
INSPIR Asia  
Red europea de Comités Oscar Romero  
ShareAction  
World Fair Trade Organization - Europe

### **Nationale Organisationsen**

11.11.11 - Belgium  
Acción Ecológica - Ecuador  
ActionAid France - France  
ACV-CSC - Belgium  
Alboan Fundazioa - Spain  
Al Haq – Palestine  
ALSEAN – Burma  
AK EUROPA - Austria  
Akota Garment Workers Federation – Bangladesh  
Amis de la Terre France (Friends of the Earth France) -  
France  
Amnesty International Polska – Poland  
Arisa - Netherlands  
Asociația Mai bine - Romania  
Asociación por la Paz y los Derechos Humanos Taula per  
Mèxic - Spain  
Asociación Pro Derechos Humanos de España (APDHE)  
- Spain

Association for Human Rights and Civic Participation  
PaRiter - Croatia  
Association for Sustainable Development INKINGI - Uganda  
Association marocaine des droits humains (AMDH) -  
Morocco  
Association of Rural Education and Development Service  
(AREDS) - India  
Bangladesh Center for Workers Solidarity – Bangladesh  
Bangladesh Garment and Industrial Workers Federation  
(BGIWF) - Bangladesh  
Bangladesh Independent Garment Workers Union –  
Bangladesh  
Bangladesh Revolutionary Garment Workers Federation –  
Bangladesh  
Belgian Alliance for a Smoke-Free Society – Belgium  
Broederlijk Delen – Belgium  
Brot für die Welt - Germany  
Cambodian Alliance of Trade Unions (CATU) - Cambodia  
Campagna Abiti Puliti - Italy  
Canadian Network on Corporate Accountability (CNCA) -  
Canada  
Catholic Agency for Overseas Development (CAFOD) - UK  
CCFD-Terre Solidaire - France  
Center for Alliance of Labor and Human Rights (Central)  
- Cambodia  
Center for Education, Counselling and Research (CESI) -  
Croatia  
Centre for Labour Rights – Albania  
Center for the Politics of Emancipation – Serbia  
Centre d'Aide Juridico-Judiciaire CAJJ - Democratic  
Republic of the Congo  
Centre for Peace Studies (CMS) - Croatia  
Centre for Research on Multinational Corporations (SOMO)  
- Netherlands  
Centre National de Coopération au développement (CNCD-  
11.11.11) - Belgium  
Centro de Políticas Públicas y Derechos Humanos - Peru  
EQUIDAD – Peru  
China Labour Bulletin (CLB) - China  
Christliche Initiative Romero e.V. (CIR) - Germany  
Civil Rights Defenders – Sweden  
Coalition of Cambodian Apparel Workers' Democratic Union  
– Cambodia  
Collectif Ethique sur l'étiquette - France  
Conectas Direitos Humanos – Brazil  
Coordinadora Estatal de Comercio Justo (Fair Trade Spanish  
Platform) - Spain  
CorA Netzwerk für Unternehmensverantwortung - Germany  
Corporate Justice Coalition – UK  
Covenants Watch – Taiwan  
Cambodian Labour Confederation (CLC) - Cambodia  
De Transformisten - Belgium  
Entraide et Fraternité - Belgium  
Entrepueblos, Entrepobles, Entrepobos, Herriarte – Spain  
Estonian Green Movement – Friends of the Earth Estonia –  
Estonia  
Equo Garantito - Assemblée Generale Italiana del  
Commercio Equo e Solidale - Italy  
Facing Finance – Germany  
Fair – Italy  
Fair Action - Sweden

Fairtrade Sweden - Sweden  
 Fastenaktion / Swiss Catholic Lenten Fund – Switzerland  
 FEDINA – India  
 FEMNET - Germany  
 Finnish League for Human Rights - Finland  
 Finnish Development NGOs FINGO - Finland  
 Finnwatch – Finland  
 FOCSIV - Italy  
 Focus Association for Sustainable Development – Slovenia  
 Forests of the World - Denmark  
 FOS – Belgium  
 Frank Bold – Czech Republic  
 Fundación Libera - Chile  
 Fundacja Dajemy Dzieciom Siłę - Poland  
 Fundacja Frank Bold - Poland  
 Fundacja Kupuj Odpowiedzialnie – Poland  
 Fundacja La Strada - Poland  
 Gender Alliance for Development Centre – Albania  
 Germanwatch – Germany  
 GLOBAL 2000 – Friends of the Earth Austria - Austria  
 Gonoshasthaya Kendra (GK) - Bangladesh  
 Green Liberty - Latvia  
 HEKS – Switzerland  
 Home Based Women Workers Federation – Pakistan  
 HRM “Bir Duino-Kyrgyzstan” - Kyrgyzstan  
 Human Rights International Corner - Italy  
 Human Rights in China (HRIC) - China  
 IUCN National Committee of the Netherlands - Netherlands  
 Impresa2030. Diamoci una regolata - Italy  
 Independent Trade Union of workers of Croatia (Nezavisni  
 sindikat radnika Hrvatske, NSRH) - Croatia  
 Initiative Lieferkettengesetz – Germany  
 Initiative pour un devoir de vigilance - Luxembourg  
 INKOTA-netzwerk – Germany  
 Institute for Mission, Ecumenism and Global Responsibility  
 (MÖWe) Protestant Church of Westphalia - Germany  
 Internationale Liga für Menschenrechte – Germany  
 Irish Coalition for Business and Human Rights – Ireland  
 Justiça Global – Brazil  
 Justice et Paix – Belgium  
 Kalikasan People’s Network for the Environment (Kalikasan  
 PNE) - Philippines  
 Karnataka Garment Workers Union (KOOGU) - India  
 Labour Behind the Label - UK  
 Labour Action – Denmark  
 Les Amis de la Terre – Belgium  
 Ligue Burundaise des droits de l’homme Iteka – Burundi  
 Ligue des droits de l’Homme (LDH) - France  
 MADPET – Malaysians Against Death Penalty and Torture  
 - Malaysia  
 Magyar Természetvédők Szövetsége - Friends of the Earth  
 Hungary - Hungary  
 Mani Tese – Italy  
 Manos Unidas - Spain  
 Manushya Foundation – Thailand  
 Maquila Solidarity Network – Canada  
 National Garment Workers Federation – Bangladesh  
 MISEREOR – Germany  
 MVO Platform - Netherlands  
 National Garment Workers Federation (NGWF) - Bangladesh  
 National Trade Union Federation – Pakistan  
 Naturefriends - Greece  
 NaZemi – Czechia  
 NeSoVe – Austria  
 NOAH Friends of the Earth Denmark - Denmark  
 Notre Affaire à Tous – Belgium  
 Novi sindikat (New Trade Union) - Croatia  
 Observatorio Ciudadano – Chile  
 OKUP – Bangladesh  
 Organisation Marocaine Des Droits Humains (OMDH) -  
 Morocco  
 People in Need – Czech Republic  
 Plataforma por Empresas Responsables (PER) - Spain  
 Polskie Stowarzyszenie Sprawiedliwego Handlu - Poland  
 Polski Instytut Praw Człowieka i Biznesu - Poland  
 PowerShift e.V. - Germany  
 Pro Ethical Trade - Finland  
 Public Eye - Switzerland  
 Quê Me: Vietnam Committee on Human Rights – Vietnam  
 Regional Industrial Trade Union (Regionalni industrijski  
 sindikat, RIS) - Croatia  
 Red de Entidades para el Desarrollo Solidario (REDES) -  
 Spain  
 Regional Watch for Human Rights (RWHR) - Liberia  
 Regroupement pour la Responsabilité Sociale des  
 Entreprises - Canada  
 Resource Matters - Belgium  
 Rights and Accountability in Development (RAID) - UK  
 Schone Kleren Campagne – Netherlands  
 Setem - Spain  
 Sherpa – France  
 Society of Women in Action for Total Empowerment (SWATE)  
 - India  
 Solidair met Guatemala - Belgium  
 Solsoc – Belgium  
 Südwind – Austria  
 Swedish Society for Nature Conservation (SSNC) - Sweden  
 Swedwatch – Sweden  
 Swiss Coalition for Corporate Justice (SCCJ) - Switzerland  
 SWISSAID – Switzerland  
 Syrian Center for Media and Freedom of expression (SCM)  
 - Syria  
 Temiz Giysi Kampanyası - Turkey  
 Terre des Hommes Schweiz – Switzerland  
 Tudatos Vásárlók Egyesülete - Hungary  
 Turkmen.News - Turkmenistan  
 The All Indonesia Trade Union Confederation (AITU-KSBSI)  
 - Indonesia  
 The KIOS Foundation - Finland  
 Trócaire - Ireland  
 Umanotera, The Slovenian Foundation for Sustainable  
 Development – Slovenia  
 Unión Sindical de Trabajadores de Guatemala –  
 UNSITRAGUA – Guatemala  
 vzbv – Verbraucherzentrale Bundesverband - Germany  
 ver.di, vereinte Dienstleistungsgewerkschaft - Germany  
 Viva Salud – Belgium  
 Vredesactie - Belgium  
 WH4C – Workers Hub For Change - Malaysia  
 We Social Movements (WSM) – Belgium  
 Workers Rights Watch – Kenya  
 World Economy, Ecology and Development (WEED) -  
 Germany  
 Yokohama Action Research - Japan  
 Zentrum für Mission und Ökumene - Nordkirche weltweit –  
 Germany